

Verkehrsenquete TINA – Vienna/Österreichischer Städtebund „verkehr.stadt.umwelt“

15. April 2005

Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs in Europa

Position der Stadt Wien



Mag. Martin Pospischill

Stadt Wien
Wien ist anders. 1

Verkehrsenquete TINA/StB – 15.04.2005

Aktuelle Rechtslage:

- Geltung der VO (EWG) 1191/69 (idF. 1893/91) und 1107/70
- **Ö:** nationale Ausnahme vom Anwendungsbereich der VO (EWG) 1191/69 für VU, die Stadt- bzw. Stadtvororteverkehre erbringen (→Wien)
- Beihilfenrechtliche Beurteilung der Ausgleichszahlungen anhand des EuGH Urteils vom 24.7.2003. Rs. C-280/00 („Magdeburg“)
- ÖPNRV-G, KfLG



Mag. Martin Pospischill

Stadt Wien
Wien ist anders. 2

C. Anwendung der VO (EWG) Nr. 1191/69 (1)

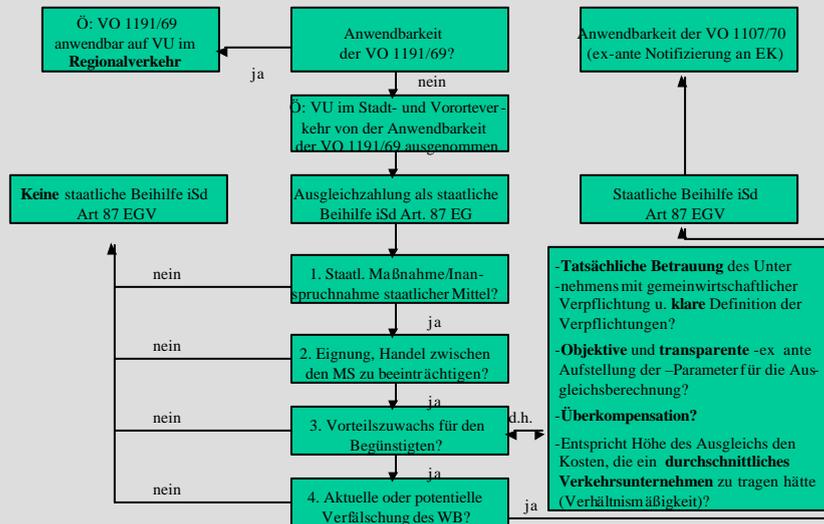
- Sekundärrechtliche Durchführung von Art. 73 (Beihilfenrecht)
- Zweck: Beseitigung von Wettbewerbsverfälschungen aufgrund unterschiedlicher Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes in den MS
- Gilt für Verkehrsunternehmen, die Verkehrsdienste im Bereich Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr betreiben
- Ausnahmemöglichkeiten für reine ÖPNV-Unternehmen (Stadt-, Stadtvororte- und Regionalverkehr) durch MS

C. Anwendung der VO (EWG) Nr. 1191/69 (2)

- ⇒ BRD: bis 1996 gesamter ÖPNV von VO 1191/69 ausgenommen, seit 1996 VO nur auf gemeinwirtschaftlichen ÖPNV anwendbar.
- ⇒ Ö: Gesetzliche Ausnahme für VU, die Stadt- bzw. Stadtvororteverkehr erbringen
- Ausgleichszahlungen zur Defizitabdeckung nach der VO sind privilegiert → keine ex ante Notifizierungspflicht gemäß Art. 88 Abs. 3 EGV an die EK!

Verkehrsenquete TINA/StB – 15.04.2005

Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen und staatliche Beihilfen (Prüfungsschema auf Grundlage der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Magdeburg)



Mag. Martin Pospischill

Mag. Martin Pospischill

Stadt Wien
Wien ist anders. 5

Verkehrsenquete TINA/StB – 15.04.2005

Verordnungsentwurf vom 26.7.2000 (KOM 7/2000):

- Verpflichtender Ausschreibungswettbewerb
- Abgrenzung zu Normen über die öffentliche Auftragsvergabe unklar (Art. 2). Insbesondere Fragen der Konzession
- Möglichkeiten der Direktvergabe für „integrierte Dienste“ und unterhalb bestimmter Schwellenwerte
- Übergangsfristen



Mag. Martin Pospischill

Mag. Martin Pospischill

Stadt Wien
Wien ist anders. 6

**ÖPNV – Resolution des Wiener Bürgermeisters
(Mai 2001)**

Mit Unterstützung von Paris, London, Barcelona, Lissabon, Luxemburg, München und Nürnberg Forderung an Kommissare und EP-Verkehrsausschuss nach:

- Respektierung des Subsidiaritätsprinzips
- Erhaltung gut funktionierender – integrierter – ÖPNV Systeme
- Bekenntnis der EU zu leistungsfähigen ÖPNV
- Beibehaltung der Möglichkeit zur Direktvergabe
- Ablehnung eines verpflichtenden Ausschreibungswettbewerbs im ÖPNV



**Abänderungen in erster Lesung des Europäischen Parlaments
(14.11.2001)**

- Ablehnung des verpflichtenden Ausschreibungswettbewerbs
- Verankerung der Idee eines „Reziprozitätssystems“
(Wahlmöglichkeit für Gebietskörperschaften zwischen Beibehaltung der Direktvergabemöglichkeit/Eigenregie bzw. Vergabe im Wettbewerb)
- Beseitigung der Direktvergabemöglichkeit für integrierte Dienste
- Längere Übergangsfristen und Dauer der Konzessionen



Verordnungsentwurf vom 21.2.2002 [KOM(2002)107 endg.]

- Keine Übernahme der Idee eines Reziprozitätssystems
- Beseitigung der Direktvergabemöglichkeit für integrierte Dienste
- Direktvergabemöglichkeit für Metro- und Stadtbahnverkehrsdienste (Straßenbahnen? Busse innerhalb integrierter Netze?)
- Längere Übergangsfristen und Dauer der Konzessionen

Aktuelle Entwicklungen

- Dritter Verordnungsentwurf in Ausarbeitung (Publikation?)
- Ö: Kukacka – Reformpläne (BMVIT) zur Neuordnung des ÖPNV
 - o Verländerung/Stärkung des Wettbewerbs/Mittelkonzentration
 - o Keine Definition verkehrspolitischer Ziele
 - o Keine Definition eines Grundverkehrsangebots im ÖV (z.B. „Taktfahrplan“)
 - o Keine konkreten Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV
 - o Einsetzung von 4 AG bis zur LH-Konferenz am 24.5.2005

Positionen Wiens/Ausblick

- Weitere Steigerung der Attraktivität des ÖPNV (Fahrgastrekord 2004/U2 – Ausbau/kontinuierliche Erneuerung des rolling stock etc.)
- Benchmark Vergleiche statt verpflichtendem Ausschreibewettbewerb in Europa
- Beibehaltung der Möglichkeit zur Direktvergabe integrierter Dienste
- Ausgleichszahlungen im ÖPNV nicht als staatliche Beihilfen i.S. des EGV behandeln
- Keine Zerschlagung gut funktionierender ÖPNV Systeme in Europa

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!!!

